

# Die Finanzzuweisungen sind umgehend anzupassen

Kommentar des Landtagsabgeordneten Wendelin Lampert

**Finanzen** Bei der Sitzung des Landtags wurde die Finanzplanung für die nächsten Jahre besprochen und zur Kenntnis genommen. Dabei verlässt sich der Staat stark auf die Börsenentwicklung.

Als Resümee aus der im November-Landtag diskutierten Finanzplanung der Regierung wird klar, dass wir aus der betrieblichen Tätigkeit des Landes voraussichtlich jeweils ein negatives Jahresergebnis erwirtschaften werden. Dies bedeutet, dass die Ausgaben in den Planungsjahren vermutlich höher sein werden, als die Einnahmen. Dies bedeutet in aller Konsequenz, dass wir nur dann ein positives Gesamtergebnis haben werden, wenn entsprechende Erträge aus den Vermögensanlagen generiert werden können. Das heisst, in Jahren mit einer negativen Börsenentwicklung müssen wir mit erheblichen Verlusten rechnen. Des Weiteren sind zusätzliche einmalige Investitionen nicht berücksichtigt. Ebenfalls dabei nicht berücksichtigt sind allfällige Erhöhungen von laufenden Ausgaben in dieser Periode, was



(Foto: Shutterstock)

als wahrscheinlich angesehen werden kann.

Die Regierung hat für die Finanzplanung 2022 – 2025 die konjunkturelle Einschätzung von zehn Berufsverbänden in Bezug auf Umsatz- und Ertragschancen sowie die Beschäftigungsentwicklung herangezogen. Die

Verbände sind verhalten optimistisch, dies natürlich in Abhängigkeit der weiteren Entwicklung der Coronapandemie. Aus der betrieblichen Tätigkeit resultiert in den Jahren 2022 bis 2025 ein Minus von CHF 50 Mio. bis CHF 79 Mio. Die betrieblichen Erträge werden primär von den Steuern und Abgaben beeinflusst. Die grösste

Kategorie beim Aufwand sind die Beitragsleistungen (z. B. AHV, Krankenkassen, Prämienverbilligung). Die Regierung geht beim Finanzergebnis (Börse) von einem Gewinn von mehr als CHF 100 Mio. pro Jahr aus. Dank dieser positiven Finanzergebnisse wird prognostiziert, dass im Jahresergebnis jeweils ein Überschuss von

CHF 26 Mio. bis CHF 53 Mio. ausgewiesen wird. Die Investitionsrechnung wird massgebend von den Hochbauten geprägt. Das Eigenkapital des Staates wird laut Prognose eine Zunahme von CHF 3372 Mio. auf CHF 3524 Mio. aufweisen.

Wenn sich der Landtag einen zusätzlichen finanzpolitischen Spielraum verschaffen will, ohne dass das Defizit aus der betrieblichen Tätigkeit grösser werden soll, wird er sparen oder zusätzliche Einnahmen beschliessen müssen. In einem Land, wo Gemeinden Gutscheine verteilen, sind aus meiner Sicht die Finanzzuweisung zugunsten des Landes anzupassen, damit die Gleichbehandlung von Balzers bis Ruggell sichergestellt wird.



Wendelin Lampert  
FBP-Landtags-  
abgeordneter